

Inna Hartwich

Friedas Enkel

Inna Hartwich

Friedas Enkel

Meine Familie und das Erbe
der Gewalt in Russland



**Frankfurter
Allgemeine
Buch**

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.



**Frankfurter
Allgemeine
Buch**

© Fazit Communication GmbH
Frankfurter Allgemeine Buch
Pariser Straße 1
60486 Frankfurt am Main

Umschlag: Nina Hegemann
Titelfoto: © Adobe Stock/Dario Sabljak, Inna Hartwich
Karte: © Adobe Stock/Porcupen
Satz: Jan Walter Hofmann
Druck: CPI books GmbH, Leck
Printed in Germany

1. Auflage
Frankfurt am Main 2023
ISBN 978-3-96251-162-3
Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, vorbehalten.

Frankfurter Allgemeine Buch hat sich zu einer nachhaltigen
Buchproduktion verpflichtet und erwirbt gemeinsam mit den
Lieferanten Emissionsminderungszertifikate zur Kompensation
des CO₂-Ausstoßes.

Inhalt

1	Der Anfang	7
2	Im Westen	15
3	Russischer Journalismus – reine Propaganda?	51
4	Im Norden	81
5	Bildung in Russland – nur patriotisch?	119
6	Im Osten	145
7	Russische Politik – ohne Opposition?	189
8	Der Schluss	207
	Dank	219
	Literatur	222
	Personen, Die Autorin	224

7 Russische Politik – ohne Opposition?

Das „andere“ fehlt

Manchmal, wenn ich unterwegs bin durch russische Städte, einfach so in der Freizeit und noch viel mehr auf Recherche-reisen, stelle ich den Menschen diese Frage: „Was ist Politik?“ Sie irritiert sie, die meisten winken ab, gehen weiter. „Politik, oh nein, darüber will ich nicht reden“, sagen sie dann. „So eine schmutzige Sache.“ Oder: „Politik – das sind irgendwelche Spielchen irgendwelcher korrupten Typen.“ Oder: „Ich will damit nichts zu tun haben. Man kann eh nichts ändern.“ Oder: „Die Politiker entscheiden irgendwas, was geht mich das denn an?“ Politik ist etwas Fernes, so fern, dass die Menschen sie gar nicht als Teil ihres Lebens wahrnehmen. Sie ist etwas Unfassbares, auf das sie nicht einwirken können. Sie ist vollkommen getrennt von ihrem Alltag, etwas, das mit ihnen vermeintlich nichts zu tun hat. Mag sie auch mit voller Wucht in ihr Leben einfallen, das eigene Kind entreißen und es in einen Krieg schicken. Die Menschen stehen teilnahmslos da und sagen: „Was kann ich denn machen?“

Ihre Teilnahme an der Politik ist in einem System, das jahrelang an seiner „Vertikale der Macht“ baute, auch gar nicht erwünscht. Der Mensch ist kein Subjekt dieses Systems, er ist ein Objekt, das gebraucht wird, um die bestehende Macht zu legitimieren. Eine Masse, die zum Beklatschen der Mächtigen da ist, nicht zum Kritisieren. Jeder, der in die Politik geht, der allein schon Fragen an Politiker wagt, unterwirft sich diesem System, das einem sehr genau zeigt, wo die Grenzen der Kritik liegen. Das einem sagt: „Nun führen Sie sich hier mal nicht so auf, ist ja kein Straßenprotest. Seien Sie mal nicht sauer und

lesen Sie lieber das Gesetz.“ Solche Worte wählte der russische Gesundheitsminister Michail Muraschko, als er sich wegen der Änderungen im Gesetz zur Unterbringung psychisch Erkrankter im Juli 2023 der Kritik vonseiten derer ausgesetzt sah, die sich seit Jahrzehnten um psychisch Erkrankte kümmern. Njuta Federmesser, eine erfahrene, um die Kompromisse mit Politikern wissende Aktivistin, warf den Parlamentariern vor, alles abzunicken, was ihnen vorgesetzt werde, und damit das Leben derer auch noch zu erschweren, die ohnehin am Rande der Gesellschaft stünden. Muraschko behandelte Federmesser wie ein Kind, das nichts zu melden hat, und achtete gar nicht darauf, was sie vorbringen wollte. „Benehmen Sie sich anständig“, sagte er und ging zum nächsten Punkt über. Es war eine Illustration der vorherrschenden politischen Hybris im Land. Das Volk und seine Probleme interessieren nicht, auch wenn der Kreml dieses Volk stets besingt und den Schulterchluss mit ihm betont.

Es braucht viel Kraft und viel Durchhaltevermögen, um gegen das System, das Angst sät und auf Angst gebaut ist, das mit Gewalt in die Schranken zu weisen weiß und für Jahre ins Gefängnis bringt, auf irgendeine Weise vorzugehen. Es gibt sie dennoch: Diejenigen, die ein offenes Ohr für die Menschen haben, die zu ihnen kommen, weil bei ihnen im Hof die Bank kaputtgegangen ist, die Beschwerdebriefe schreiben, weil die Stadtverwaltung den Stadtbewohnern Rampen an Unterführungen versprochen, aber sie nicht gebaut hat, die Politik machen, im Kleinen, und so den Menschen um sie herum zeigen: Politik sind Gehwege, Spielplätze, Sitzbänke. Nicht einfach nur die Bestätigung des herrschenden Regimes. Politik sind sie selbst. Die Schritte aber werden immer kleiner. Am Grundsätzlichen zu rütteln, ist unmöglich geworden.

„Einen Krieg gibt es nicht, aber eine Kriegszensur gibt es. In so einem Land leben wir. Wahrheit – das ist Lüge, Frieden – das ist Krieg.“ Swetlana Kawersina benutzt das Wort Krieg nicht, wenn sie solche Sätze in ihren sozialen Netzwerken schreibt. Sie würde belangt werden. Mit bis zu 15 Jahren Haft. Und so setzt die Lokalabgeordnete aus Nowosibirsk, der drittgrößten Stadt Russlands, Sternchen an die Stelle des Wortes. „Angesichts des aggressiven ***, den mein Staat gegen ein anderes Land führt, fällt es mir schwer, mich einfach hinzustellen und routinemäßig meinen Rechenschaftsbericht abzugeben“, schreibt sie und legt dann doch den Bericht vor. Was getan wurde, um den Busverkehr in ihrem Stadtteil zu verbessern, welche Spielplätze repariert wurden, wie die Lage in der Stadtteilbibliothek ist. Es sind letztlich banale Dinge, über die die Abgeordneten eines Stadtrats überhaupt entscheiden dürfen. Aber eben: Es geht ums Entscheiden. Ums Mitbestimmen in einem Land, das Mitbestimmung oft mit Füßen tritt. Ich hatte Swetlana Kawersina getroffen, als sie bei den Wahlen von 2020 für ihren Stadtteil, den in Nowosibirsk alle nur „Schleuse“ nennen, weil sich hinter den neunstöckigen Plattenbauten, in denen an die 16 000 Menschen wohnen, eine Schleuse befindet, in eben so einen Stadtrat einziehen wollte. Nicht einfach aufs Knöpfchen drücken und alles abnicken, sondern debattieren, auch wenn das mit den Debatten so eine Sache war. Swetlana Kawersina wusste, dass einem der Ton abgedreht werden konnte, dass die Vorschläge völlig übergangen werden konnten, dass plötzlich gegen einen selbst etwas vorgebracht werden konnte, manchmal auch ein Strafbefehl. Sie wollte dennoch, und sie hatte es geschafft.

Zu fünft waren sie damals in den Stadtrat von Nowosibirsk gewählt worden, oppositionelle Kandidaten, die sich vornahmen, das Machtmonopol in der Stadtpolitik zu brechen. Sie

wollten zeigen, dass das geht: kritisieren, für seine Interessen eintreten, die eigenen Wähler vertreten. 31 Frauen und Männer hatten sich zu einer Koalition zusammengeschlossen, auch als Signal nach außen, dass Kompromissbereitschaft funktioniert. Sie waren Tierschützerinnen, Journalisten, Ökoaktivistinnen. Sie haben sich beschimpfen lassen, sie seien Provokateure und wollten ihr Land zugrunde richten, sie haben ihre oft demolierten Infostände im Stadtzentrum wieder aufgebaut und den Passanten unermüdlich zu erklären versucht: „Doch, ihr könnt was bewegen, wir könnten mit euch was bewegen.“ Sie haben sich auch nicht abschrecken lassen, als maskierte Männer eine Flasche mit ätzender Flüssigkeit in ihr Büro warfen und einige von ihnen mit Atembeschwerden in die örtliche Klinik gefahren werden mussten. Sie waren alle der Meinung: „Wir haben keine Zeit, Angst zu haben. Wir wollen etwas erreichen.“ An ihrer Spitze stand einer, den sie „sibirischer Nawalny“ riefen, weil er mit seiner Überzeugung und seinem Charme vor allem die jungen Menschen in der Stadt fast so für sich einnehmen konnte wie der echte Nawalny. Der IT-Spezialist Sergej Bojko hatte zuvor für Alexej Nawalny gearbeitet, er war einer von vielen, die im ganzen Land Politik von unten machen wollten, die dieses Strahlen in den Augen hatten, wenn sie von politischem Engagement sprachen, und die regionale Büros, die sogenannten Nawalny-Stäbe, leiteten. Die Stäbe waren eine Besonderheit des Juristen aus Moskau, der es wie kein anderer Oppositionspolitiker schaffte, flächendeckend in den Regionen vertreten zu sein. Menschen, die eine Alternative zur bestehenden Politik suchten, landeten über kurz oder lang in den Stäben von Nawalny und lernten im Kleinen, was im Großen immer wieder unterbunden worden war: Demokratie.

„In Russland steht man irgendwann immer vor der Frage: abhauen oder in die Politik gehen, um etwas zu ändern? Ich

bin geblieben“, hatte Bojko im Hauptsitz der Koalition damals gesagt. Der Schrecken über den Giftanschlag auf ihr Idol stand den Oppositionellen von Nowosibirsk noch ins Gesicht geschrieben. Nawalny war kurz zuvor in ihrer Stadt gewesen, hatte für seine Recherche über die örtlichen Baulöwen in den Randbezirken gedreht. Fünf Tage später war der Oppositionspolitiker in einem Flieger aus der sibirischen Stadt Tomsk in Richtung Moskau zusammengebrochen. Das Regime trachtete seinem Widersacher nach dem Leben. Es war der endgültige Anfang vom Ende der russischen Opposition – ohnehin stets zerstritten, klein und vom Kreml zum Abschuss freigegeben. Bojko, Kawersina und all die anderen aus Nowosibirsk machten weiter. Sie stritten im Stadtrat, sie organisierten Straßenproteste. Sie wollten zeigen, dass sie anders waren als die gewöhnlichen russischen Beamten, die die wahren Wünsche der Menschen oft übergehen, weil sie gar nicht gelernt haben, auf diese einzugehen. Es gelang ihnen – bis neue Gesetze kamen. Gesetze, die alle Nawalny-Unterstützer zu „Extremisten“ machten. Ein Vorwurf, der zu mehrjähriger Haft führen kann. Bojko ging, auch andere aus der Koalition von 2020 hatten das Land verlassen. Der Nowosibirsker, damals vor Kurzem erst Vater geworden, wollte es nicht riskieren, wie seine 41-jährige Kollegin Lilia Tschanyschewa, Leiterin des Nawalny-Stabs in Ufa, 2000 Kilometer westlich von Nowosibirsk, angeklagt zu werden. Ein Gericht in Ufa hatte die Politikerin schließlich zu siebeneinhalb Jahren Strafkolonie verurteilt. Wegen „Extremismus“. Weil sie mit Nawalny zusammengearbeitet hatte. In ihrem letzten Wort sagte sie: „Beantworten Sie mir die Fragen: Leben Sie jetzt besser als vor zehn Jahren? Ist es für Sie einfacher, einkaufen zu gehen, als vor zehn Jahren? Fühlen Sie sich sicherer als vor zehn Jahren? Wenn Ihre Antwort ‚Nein‘ ist, handeln Sie. Und Sie können Ihr Leben zum Besseren

verändern. Putin – das ist Korruption, das sind niedrige Löhne und steigende Preise. Putin – das ist Krieg.“ Der Richter nahm das mit Achselzucken hin. Es war ein politisches Urteil, nicht im Gerichtssaal gefällt.

Swetlana Kawersina war in Nowosibirsk geblieben. Sie kümmert sich weiterhin um Spielplätze, Bushaltestellen, ihr „Meer“ vor der eigenen Haustür, den Zugang zum Fluss Ob, den die Behörden umzäunen und so für die Bewohner der „Schleuse“ unerreichbar machen wollen. In kurzen Videos fordert sie Putin auf, den Krieg zu stoppen, sie bittet den Patriarchen Kirill, das Oberhaupt der russisch-orthodoxen Kirche, alles dafür zu tun, damit der Krieg aufhöre, und sie tritt immer wieder in Diskussionen mit ihren Mitmenschen ein, die ihr erklären wollen, dass sie keine Patriotin sei. Sie weiß, dass ihre Haltung, zumal in der Öffentlichkeit, gegen das Gesetz ist. „Ich bin gewählt, ich vertrete meine Wählerinnen und Wähler, es gibt viel zu tun in Nowosibirsk“, sagt Swetlana Kawersina. „Ich bleibe hier.“ Es ist ein Satz, den viele in Russland äußern. Ob und wie lange sie bleiben werden, wissen sie nicht.

Manche gingen und kamen wieder – um später doch wieder zu gehen. Sie hielten sich an die Idee, etwas verändern zu wollen und zu können, auch wenn ihre Ideen der offiziellen Politik vollkommen widersprechen. Geschockt vom Krieg dachten sich vor allem junge Menschen, dass sich doch eine Antikriegspartei bilden lassen könnte. Dass es doch Menschen geben müsste, denen die Schrecken, die Verheerungen, die auch ihr eigenes Land durch die Entscheidung des Kremls erfährt, nicht egal sind. Sie gingen voller Überzeugung daran, die Menschen in ihren Stadtteilen von ihren Ideen zu überzeugen. Ich hatte vor der Regionalwahl 2022, einer Wahl mitten im Krieg, mit einigen solcher Jungpolitiker gesprochen. Mit Nikolai Kassjan war ich an einem Herbsttag durch

seinen Heimatbezirk unterwegs, eine hübsche Gegend unweit des Moskauer Zentrums. Wir spazierten Stunden durch die Straßen, es nieselte, Nikolai Kassjan zeigte das Haus seiner Eltern, das Haus seiner Großmutter, die in den 1990ern eine Schule gegründet hatte, um ihren Schülern kritisches Denken zu vermitteln. Er zeigte das Krankenhaus, in dem er zur Welt gekommen war, den Park, in dem er als Baby im Kinderwagen herumgeschoben wurde. Sein Viertel. Es war sein Zuhause, für das er, der 24-Jährige, sich politisch engagieren wollte.

Das bedeutete: Klinken putzen. Tag für Tag ging er bis in den späten Abend hinein von einer Haustür zur nächsten und informierte die Menschen zunächst einmal überhaupt über die Wahl. Manche schlugen ihm die Tür vor der Nase zu, andere luden zum Tee. „Die Leute sind zuweilen total erstaunt darüber, wie viele Rechte sie, zumindest auf dem Papier, haben und wie wenig sie davon Gebrauch machen. Für das herrschende Regime ist das natürlich bequem“, sagte er und wirkte ähnlich erstaunt, wie es wohl die Menschen waren, die er täglich antraf. Er redete über Politik, als würde er Freunden von seinem letzten Urlaub berichten, der ihn total umgehauen hatte. Immer wieder telefonierte er mit seinem Anwalt. Wenn man keinen Anwalt habe, so scherzen die Russen manchmal, dann lebe man gar nicht in Russland. Und wenn man keine gepackte Tasche fürs Gefängnis habe, dann sei man auch kein Oppositioneller. „Ja, so ein Täschchen ist nicht schlecht“, hatte Nikolai Kassjan gesagt und gelacht. Es war ein Lachen des Schreckens. Festnahmen, Gerichtsverhandlungen und Ordnungsstrafen kannte er, seit er sich mit 14 Jahren der Politik verschrieben hatte. Er hatte zu Hause gelernt, wie Meinungsvielfalt funktioniert, hatte als Jugendlicher die Eltern angebettelt, zu einer Antiregierungsdemonstration mitgehen zu dürfen. Er hatte als Freiwilliger bei Nawalnys Antikorruptionsstiftung angefangen

und später für dessen Stab in Moskau gearbeitet. Er war Pressesprecher der Moskauer liberalen Lokalabgeordneten Julia Galjamina gewesen und hatte mit ihr die Wahlkampagne zur Moskauer Stadtratswahl 2019 durchlaufen. Er erzählte darüber und klang, als sei er, bei so viel Erlebtem, bereits ein alter Mann. „Ich habe aufgehört, mich immer umzusehen, wenn ich das Haus verlasse, habe aufgehört, Sorge zu haben, dass Spezialpolizisten in aller Frühe meine Wohnung durchsuchen, aufgehört, Angst zu haben. Angst ist nicht gesund“, hatte er gesagt. Dann aber hatte die Wahlkommission angerufen und ihm mitgeteilt, dass es vorbei sei mit seiner Kandidatur. Er war ihr zu Nawalny-nah. Auch Nikolai Kassjan ist nicht mehr in Russland.

Es ist nicht nur die Übermacht der Regierungspartei „Einiges Russland“, es ist auch die Apathie vieler Wähler, gegen die diejenigen ankämpfen, die überhaupt noch wagen, andere Meinungen zu vertreten und damit in die Öffentlichkeit zu gehen. Michail Lobanow etwa hatte das über Jahre hinweg versucht. Der Mathematiker hatte sich gegen Bauunternehmen gewandt, um Grünflächen zu retten, er hatte politisch engagierte Studierende und Lehrende an der Staatsuniversität in Moskau, wo er unterrichtete, verteidigt und dadurch selbst mehrfach gegen seine drohende Entlassung angekämpft. Er machte bei den Protesten 2011/2012 mit, als nach den offensichtlich gefälschten Wahlen Hunderttausende auf die Straße gingen, und wollte bei den Parlamentswahlen 2021 für die Kommunisten in die Duma einziehen. Nach Beginn des Krieges stellte er sich mit „Nein zum Krieg“-Plakaten auf die Straße, wurde immer wieder festgehalten. Auch an der Universität hielt er sich mit seiner Haltung nicht zurück. Im Dezember 2022 stürmten Spezialpolizisten seine Wohnung, er stand zwei Wochen lang unter Arrest. Im Juni 2023 stempelte ihn der

Staat zum „ausländischen Agenten“ ab. Für ihn als Lehrender war das nicht einfach ein politisches Label, es war das Ende seiner Karriere an der Universität. Laut russischem Gesetz dürfen „ausländische Agenten“ nicht unterrichten. Lobanow kämpfte gegen seine Kündigung, es war nicht das erste Mal in seinem Leben. Sein politisches Engagement hatte im Universitätsdekanat selten jemandem gefallen. Diesmal verlor er – und zog, wie so viele Oppositionelle vor ihm, ebenfalls ins Ausland.

Es finden sich einige Lobanows, Kassjans und Kawersinas in Russland. Jüngere und Ältere, Frauen wie Männer. Es sind Menschen, denen es nicht egal ist, was mit ihrem Land passiert. Sie riskieren vieles und setzen sich für politische Vielfalt ein. Doch das „andere“ darf nicht existieren im Land des „Zusammenhaltes“, vor Kompromissen hat die politische Riege Angst. Offenbar so viel, dass sie ihre Kritiker mittlerweile gar vor der Öffentlichkeit versteckt – und allen anderen damit sehr deutlich macht: „Legt euch nicht mit uns an.“

Das Dreigestirn im Gerichtskäfig

Der bekannteste Oppositionelle, der gegen diese Regel verstoßen hat, ist Alexej Nawalny. Einer, der einst als Antikorruptionsblogger gestartet war, um die Mechanismen der Bereicherung von hohen Beamten aufzuspüren, und immer politischer wurde. Er konnte gut reden, fand schnell eine Sprache, die vor allem von der Jugend als die ihre anerkannt wurde. Endlich einer, der sich was traut, endlich einer, der was bewegen will. Nawalny – selbstbewusst, brutal realistisch und kompromisslos – konnte fesseln. Auch wenn er mit seiner besserwisserischen Art viele Menschen vor den Kopf stieß, hörten sie ihm zu. Wenn ich die Menschen auf Demonstrationen, die Nawalny

und sein Team organisiert hatten, fragte, warum sie auf die Straße gegangen waren, sagten viele oft, sie unterstützten gar nicht Nawalnys Ideen, aber er gebe ihnen die Möglichkeit, an Veränderungen zu glauben. Daran, dass sich etwas bewegen ließe im Land, dass es echte Wahlen geben könnte, Selbstbestimmung, schlicht ein besseres Leben ohne Angst. Er war ihr Hoffnungsträger. Eine Projektionsfläche. Ihr Anti-Putin, der zugänglich war, nahbar. Der sich mit seiner Tochter Dascha und seinem Sohn Sachar ablichten ließ, der seine Frau Julia vor laufenden Kameras küsste, auch dann, wenn Polizisten ihn wieder einmal abführten. Nawalny verschwand für Tage und Wochen in Arrestzellen und kam lächelnd wieder heraus. Bis zur nächsten Demonstration. Je öfter er in Haft war, desto größer wurde seine Popularität. Eine Popularität, die auf Populismus basierte. Nawalny vertrat oft solche Ansichten, die ihm die meiste Unterstützung garantierten. Deshalb fanden viele in ihm das, was sie für sich selbst suchten. Letztlich machte ihn auch der Kreml mit zu einer Alternative, die es nicht geben darf in einem System, das keine Alternative vorsieht. So ging das jahrelang. Nun schließt ihn das Regime in Isolationszellen ein und übt so Rache an einem Unbeugsamen.

Nawalnys rassistische und xenophobe Sprüche, die er in den Anfangszeiten seines mutigen wie bitteren Weges äußerte und für die er sich nie entschuldigt hat, wie auch sein Herumeiern nach der russischen Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim, schoben die Menschen beiseite. Sie übergingen es auch deshalb, weil gewisse rassistische und xenophobe Tendenzen wie auch imperialistische Haltungen in der russischen Gesellschaft weitverbreitet sind. „Wir wollen keine Sklaven mehr sein“, hatte Nawalny 2012 nach dem „Marsch der Millionen“ von der Bühne auf dem Moskauer Bolotnaja-Platz gerufen. Diese Losung hatte er bei früheren Protesten geprägt und

auch bei späteren Protesten immer wieder laut wiederholt. Der Staat reagierte stets gleich: Nawalny, wie auch viele andere Demonstranten, landete im Polizeitransporter, vor Gericht, in der Zelle. Den sich als angstfrei gebenden Mann schreckte das nie. Bis heute, mittlerweile abgemagert und für Jahrzehnte in einer Strafkolonie des sogenannten Sonderregimes untergebracht – eigentlich ein Hochsicherheitsgefängnis für besonders gefährliche Täter –, gibt es von ihm zwar äußerst wenige, doch kluge Zeilen, aus denen auf sehr kleinem Raum ersichtlich wird, dass er sich nicht brechen lässt. Dass er sich auch unter unmenschlichen Bedingungen nicht zum Sklaven des Regimes machen lässt.

Sein größter sichtbarer politischer Erfolg war der zweite Platz bei der Moskauer Bürgermeisterwahl 2013. Eigentlich sollte er davon ganz ausgeschlossen werden, ein Gericht in Kirow hatte ihn wegen Veruntreuung verurteilt. Einigen Strippenziehern im Kreml aber, so hatten es Russlands unabhängige Medien später herausgefunden, erschien er als freier Mann nützlicher denn in der Strafkolonie. Seine Kandidatur sollte der Wahl einen demokratischen Anstrich geben. Seine Niederlage hätte der zersplitterten Opposition vor Augen führen sollen, dass es doch nichts werde mit ihm an der Spitze der Bewegung. Doch es kam anders. Die Wahl verlor Nawalny zwar, aber der Kreml-Kandidat Sergej Sobjanin, bis heute Bürgermeister von Moskau, war nur knapp einer Stichwahl entgangen. Nawalny war gestärkt, widmete sich mitsamt seiner Antikorruptionstiftung FBK weiteren Recherchen im Kreise der Mächtigen, ließ Filme drehen über die angehäuften Reichtümer von Beamten und Ministern, wollte 2018 Präsident werden. Dafür schuf er ein Netz von „Stäben“ in der russischen Provinz. Es waren Anlaufpunkte für die Nicht-Einverstandenen. Er machte Wahlkampf, reiste durchs Land und stellte

Politiker, Minister und Beamte, die in Russland oft sagen, sie übten gar keine politische Tätigkeit aus, bloß. Er wurde gestoppt, nicht zur Wahl zugelassen.

Das Staatsfernsehen diskreditierte ihn als „politischen Pädophilen“, weil Nawalny viele Jugendliche begeisterte, sprach von ihm als „Politiker mit dem Niveau einer Klobürste“. Seine Anhänger waren 2021 mit Toilettenbürsten auf die Straße gegangen, um für seine Freilassung zu demonstrieren. Nawalny war da – nach dem Nervengiftanschlag russischer Geheimdienste und seiner Behandlung in Deutschland kaum wieder auf den Beinen – unter großem Getöse nach Moskau zurückgekehrt, wohl wissend, dass ihm in seinem Heimatland die Haft droht. Bereits an der Passkontrolle hatten ihn die Beamten abgeführt, hatten ihm am Tag darauf auf einer Polizeiwache – was auch in Russland rechtswidrig ist – den Prozess gemacht. Es war nicht sein letzter.

Die Toilettenbürsten gehen auf Nawalnys Film zurück, den er und sein Team „Ein Palast für Putin“ getauft hatten. Mit diesem war Nawalny den russischen Präsidenten zum ersten Mal direkt angegangen. Anhand von Plänen und Drohnenaufnahmen zeigte das hartnäckige und professionell arbeitende Nawalny-Team eine Dokumentation der Hybris von Russlands politischer Elite. Millionen von Menschen sahen den „Palast“ bei YouTube an. In dem Film versucht Nawalny durch allerlei Unterlagen zu beweisen, dass der Bauherr des Anwesens Putin selbst sei, der Mann, der sich stets als enthaltsamer, naturliebender, nur im Dienste seiner Bürger hart arbeitender Saubermann zu verkaufen weiß. Sie sahen den Striptease-Klub mit Pole-Dance-Stange, die Bars, das Weingut, den dekadenten Wellnessbereich samt vergoldeter Klobürsten. Nawalny verfolgte damit eine ähnliche Taktik wie Putin, der seinen Gegner nie beim Namen nannte: Zerstörung durch

öffentliche Bloßstellung. Nawalny hatte längst den „Rahmen des normalen politischen Prozesses“ verlassen, wie Russland den ungeschriebenen Vertrag des Heraushaltens aus der Politik bezeichnet. Das Regime nahm Rache an einem, der knapp seinem Tod entkommen war.

Drei Jahre, neun Jahre, neunzehn Jahre. Betrug, Veteranenbeleidigung, Veruntreuung, Verherrlichung des Nazismus, Extremismus. In 196 Ordnern hatten die Ankläger beim vorerst letzten Prozess gegen den geschundenen Häftling in Schwarz ihre fast 4000 Seiten Material an Vorwürfen abgeheftet. Herausfinden, welche Verbrechen Nawalny begangen haben soll, ließ sich damit auch für die klügsten Juristen nicht mehr. Der Störer des Systems soll einfach verschwinden, abgeschoben werden an den Rand der menschlichen Zivilisation. Die Sowjetunion hatte vorgeführt, wie mit Menschen zu verfahren ist, die nicht ins Schema des vermeintlich „Normalen“ passen. Hatte an Entkulakisierten, Deportierten, „Volksfeinden“ gezeigt, was sie einem Staat wert sind. Die Enkel der damaligen Henker machen sich in der Jetztzeit an die von ihnen ausgemachten „Feinde“ heran. Das System der „Zone“, wie das Gefängniswesen in Russland genannt wird, ist eine Welt für sich. Wer in sie hineingestoßen wird, schafft es kaum mehr hinaus. Selbst Strafvollzugsmitarbeiter, oft schlecht bezahlt und nicht selten korrupt, nennen die Straflager eine „Hölle auf Erden“.

Prozesse in Russland, zumal politische, sind Tribunale, der Ausgang steht bereits vor der Urteilsverkündung fest, auch wenn die Anwälte des Angeklagten diesen mit allen Mitteln zu verteidigen versuchen. Nutzte Nawalny den Gerichtssaal früher als eine Art Kanzel, von der aus er seine Politik machte, so lässt der Staat mittlerweile bei den Prozessen gar keine Öffentlichkeit mehr zu. Nicht einmal am Bildschirm, die früher irgendwo in der Kantine seiner Strafanstalt ein- und

immer wieder ausgeschaltet wurden, dürfen Journalisten und Angehörige die Verhandlungen verfolgen. Am Ende lassen sich die Sitzungen nur anhand von Gerichtskalendern und dem, was die Anwälte sagen, rekonstruieren. Die Absurditäten spielen sich im geschlossenen Reich hinter den Gefängnismauern ab. Das Regime kann es sich leisten, jeden in den Kerker zu werfen, der aufmuckt. Und niemand kann etwas dagegen tun.

Der Weg durch die Strafkolonien spielte in der russischen und auch sowjetischen Geschichte eine Rolle bei der politischen Abhärtung, die derjenige brauchte, der etwas erreichen wollte. Manche Revolutionäre der Zarenzeit sahen es als Auszeichnung an, in die Verbannung und zur Zwangsarbeit nach Sibirien geschickt zu werden. Sowjetische Dissidenten schärfen in der „Zone“ geradezu ihr politisches Profil. Allerdings wurden die „Politischen“ zu Sowjetzeiten in eigens für sie bestimmte Lager gesperrt. Heute tut das Regime alles dafür, dass sich die Widerspenstigen in den Strafkolonien nicht vereinigen können.

„Das Leben ist so gestaltet“, hatte Nawalny anlässlich seines Geburtstags im Juni 2023 twittern lassen, „dass gesellschaftlicher Fortschritt und eine bessere Zukunft nur dann erreicht werden können, wenn eine bestimmte Anzahl von Menschen bereit ist, für ihr Recht auf gewisse Überzeugungen zu zahlen.“ In seinem letzten Wort im „Extremismus“-Prozess zitierte er den sowjetischen Philologen Juri Lotman. Dieser hatte gesagt: „Der Mensch befindet sich immer in einer unvorhergesehenen Situation. Und hier hat er zwei Beine: Gewissen und Intellekt.“ Nawalny führte den Gedanken weiter: „Da mein Russland sich nicht auf das Bein des Gewissens stützen wollte, hat es einige große Fehler gemacht, indem es alle um sich herum verdrängte. Dann aber rutschte es aus und brach, indem es alles drumherum zerstörte, mit großem Donner

zusammen. Und nun zappelt es entweder in einer Pfütze aus Schlamm oder in einer Lache aus Blut, mit gebrochenen Knochen, mit einer armen, ausgeraubten Bevölkerung, und drumherum liegen Zehntausende Tote des dümmsten, sinnlosesten Krieges des 21. Jahrhunderts. Damit es ein neues, freies, reiches Land gibt, braucht es Eltern. Solche, die so ein Land wollen. Es braucht Opfer für seine Geburt. Nicht jeder muss ins Gefängnis gehen. Das ist wohl eine Lotterie, und ich habe so ein Los gezogen. Aber irgendein Opfer muss jeder bringen, irgendeine Anstrengung muss jeder unternehmen.“

Auch der Moskauer Oppositionspolitiker Ilja Jaschin hatte sich für solch ein Los entschieden – und sitzt für acht-einhalb Jahre ebenfalls in einer Strafkolonie ein. Einst war er Abgeordneter in einem Moskauer Bezirk, einer also, der sich um kaputte Lampen in Unterführungen und kaputte Bänke in den Höfen kümmert. Ein aufstrebender junger Politiker, der zu Schulzeiten Politik zu machen anfing und später an der Seite von Nawalny und Boris Nemzow, einst Vize-Regierungschef unter Boris Jelzin, für ein „Russland ohne Putin“ auf die Straße ging. Nemzow wurde 2015 an einer Brücke in Sichtnähe des Kremls ermordet, Nawalny überlebte 2020 den Anschlag mit dem Nervengift Nowitschok. Jaschin, der nach Veränderungen im Großen strebte, machte bis zum Sommer 2021 als Bezirksabgeordneter weiter Politik im Kleinen. Im Sommer 2022 leitete das russische Ermittlungskomitee ein Strafverfahren gegen den Politiker ein. Er soll „falsche Informationen über die russische Armee auf Grundlage politischen Hasses“ verbreitet haben, so befand das Gericht. Ein Vorwurf, mit dem sich Russen konfrontiert sehen, wenn sie den Krieg auch nur infrage stellen. Jaschin hatte in seinem YouTube-Kanal über die Morde an Zivilisten in Butscha informiert, die kurz zuvor bekannt geworden waren. In journalistischer Manier berichtete er über

die Gräueltaten, legte die Berichte der UNO und der Ukraine dar, auch die des russischen Verteidigungsministeriums, das die Version verbreitet, es seien Schauspieler gewesen, die entlang der Straßen von Butscha Tote gespielt hätten. Darstellungen der Verbrechen der eigenen Armee will Russland nicht akzeptieren, das Regime verbreitet sein Narrativ, Russland „befreie“ die Ukraine von „Nazis“. Das Urteil gegen Jaschin war auch ein Urteil darüber, wie in Russland über die Kriegsgräuel der russischen Armee in der Ukraine gedacht und berichtet werden darf. Gar nicht. Kurz zuvor war sein Abgeordnetenkollege Alexej Gorinow zu sieben Jahren Haft verurteilt worden, ebenfalls wegen „Verbreitung falscher Informationen über die russische Armee“. Gorinow hatte in einer Sitzung des Bezirksrats gefragt, ob ein Malwettbewerb für Kinder in Zeiten des Krieges angebracht sei. Jaschin hatte die Verurteilung seines Mitstreiters als „Einladung zur Emigration“ interpretiert und war dennoch in Moskau geblieben. „Mach, was nötig ist, und es komme, was kommt“, hatte Jaschin bereits gesagt, als ich ihn vor Jahren am Rande einer Demonstration traf. Die Haft werde zu Ende gehen, schrieb er nach dem Urteil, seine Selbstachtung aber bleiben.

Eine Selbstachtung, die auch Wladimir Kara-Mursa nie verlieren wollte. Er ist, wenn man so will, der dritte Mann in einem Dreigestirn russischer liberaler Politiker, die sich seit Jahren für ein anderes Russland einsetzen, und die das bestehende Russland hinter Gitter bringt. Sie alle kannten die Auswüchse des Systems, sie alle schützten sich, wie sie konnten (Kara-Muras Familie lebt in den USA), und wurden dennoch ständig zum Ziel der Behörden. Auch Kara-Mursa wurde, ähnlich wie Nawalny, mit Nowitschok vergiftet und überlebte zweimal solche Anschläge. Von der Politik ließ er nicht ab. Zusammen mit dem später getöteten Boris Nemzow beteiligte

er sich an der sogenannten Magnitski-Liste, benannt nach dem russischen Wirtschaftsprüfer Sergej Magnitski. Dieser hatte Betrug von Beamten, Richtern und Finanziers in großem Stil angezeigt und war selbst im Gefängnis gelandet, wo er gefoltert wurde und schließlich starb. Die USA setzten alle an Magnitskis Tod Beteiligten auf eine Sanktionsliste. Mit Hilfe eben von Kara-Mursa. Immer wieder reiste der zurückhaltende Politiker nach Russland, beteiligte sich an runden Tischen für politische Gefangene, vernetzte Regionalpolitiker, organisierte Proteste. Nach Kriegsbeginn verurteilte er die russische Führung als „Regime von Mördern“. Der Staat schlug zu, als er wieder nach Moskau kam: wegen „Diskreditierung“ und „Hochverrats“, als solches legte ihm die Justiz seine im Ausland geäußerte Kritik am Kreml aus, verurteilte ihn ein Moskauer Gericht zu 25 Jahren Haft. Ein Strafmaß wie zu Zeiten Stalins, das härteste, das bisher einen Russen getroffen hat, der Russlands Krieg verurteilte. Kara-Mursa leidet an einer Nervenkrankheit, die wohl durch die Vergiftungen ausgelöst worden war. Der völlig Abgemagerte konnte nicht einmal an allen Verhandlungstagen teilnehmen.

Warum gehen diese Menschen, sie sind alle knapp über 40, sehenden Auges ins Gefängnis? „Die sind doch irre“, höre ich hin und wieder von Bekannten aus dem Westen. Für einen westlich sozialisierten Menschen mag das Vorgehen von Nawalny, der nach seiner Behandlung in Berlin (der Mann konnte nicht reden, nicht sitzen, konnte quasi gar nichts mehr) wieder nach Russland ging, das Vorgehen von Jaschin, der praktisch auf seine Verhaftung wartete, auch das von Kara-Mursa, der es riskierte, seine drei Kinder nie wiederzusehen, irrational erscheinen. Aus der Perspektive dieser Politiker aber tun sie genau das Richtige. Sie wollen reinen Gewissens sein, auf diese Weise zeigen, dass sie an der Seite der Menschen

in ihrem Land sind, dass sie aus ihrem Land heraus für die Freiheit kämpfen, die ihnen bislang verwehrt wird. Im Exil, so ihre Erklärung, könnten sie ihrem politischen Anspruch nicht gerecht werden.

Nawalny bleibt für viele, die in Russland für die Ziele kämpfen, für die der Politiker letztlich einsitzt, eine glaubwürdige Identifikationsfigur. Einer, der einen sehr hohen Preis für die Veränderungen in Russland zahlt. Es ist sein Los in der Lotterie, wie er selbst sagt. Auch im Kleinen ziehen mutige Russinnen und Russen ein solches Los. Die einen hängen grüne Bändchen an Bäume in Parks und schreiben „Nein zum Krieg“, die anderen setzen sich für funktionierende Schaukeln in ihrem Stadtteil ein. Sie haben einen immer engeren Raum, in dem sie sich bewegen dürfen, und sie nutzen ihn, um für ihre Überzeugungen einzustehen, wohl wissend, dass Opposition nicht gefragt ist im Staat.